

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion der Linkspartei.PDS

9.- 11. Mai 2007

MdL Peter Ritter

TOP 24

Kein „Bombodrom“ – Hier nicht und Nirgendwo
Drs. 5/480

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

seit vielen Jahren hat der Ostermarsch in Fretzdorf einen festen Platz in meinem Terminkalender.

Es ist immer wieder ermutigend, wenn sich tausende Menschen Jahr für Jahr für eine friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide engagieren.

Man trifft auch immer wieder neue Gesichter.

So in diesem Jahr zum Beispiel den Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz unseres Landes, Herrn Dr. Backhaus.

Und das ist gut so.

Man hört auch immer wieder interessante Reden.

So zum Beispiel im Jahr 2005 die von Friedrich Schorlemmer, der im 60. Jahr der Beendigung des Zweiten Weltkrieges erklärte, dass es nicht sein dürfe, das 60 Jahre nach der Bombardierung deutscher Städte wieder Krieg von deutschem Boden ausgehe.

Oder in diesem Jahr die Rede von Eugen Drewermann, der unter dem Beifall der tausenden Ostermarschteilnehmer erklärte:

Wir brauchen kein Bombodrom - nicht hier und nirgendwo auf der Welt.

Wir wollen keine Tornados - nicht hier und nicht in Afghanistan.

Oder die Rede von Herrn Minister Backhaus, der die Bundeskanzlerin aufforderte, Anfang Juni diesen Jahres – also zurzeit des G8-Gipfels – vor aller Weltöffentlichkeit den Verzicht auf das Bombodrom zu erklären.

Nun kann ich nachvollziehen, dass man sich angesichts tausender Zuhörer zu überschwänglichen Äußerungen hinreißen lässt.

Aber hier hat Minister Backhaus nun einmal Recht.

Und deshalb sollte der Landtag mit der vorliegenden EntschlieÙung Herrn Backhaus und Landesregierung den Rücken stärken und die Aufforderung an Frau Bundeskanzlerin Merkel mit Nachdruck unterstützen.

Aber nicht nur die mutige Rede von Minister Backhaus war Anlass für unseren Antrag.

Vielmehr war es die Anregung der Bürgerinitiative „Freier Himmel“ vom März dieses Jahres erneut einen fraktionsübergreifenden Antrag für eine zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide im Landtag zu verabschieden.

Dank unserer Initiative liegt nun dem Landtag ein entsprechender Antrag vor - und er kommt zur rechten Zeit.

Denn erstens

Finden am 15. Mai - also nächste Woche - die nächsten Gerichtsverhandlungen gegen die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-SchieÙplatzes statt.

Und zweitens:

Ist die nächste Landtagssitzung im Juni nach dem G8-Treffen und damit käme eine Unterstützung der Forderung von Minister Backhaus zu spät.

Meine Damen und Herren,

seit 1992 gibt es die Pläne der farblich unterschiedlichst zusammen gesetzten Bundesregierungen zur Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-SchieÙplatzes.

Seit 1992 gibt es dagegen vor Ort massivste Proteste.

Nach und nach erreichten diese Proteste, dank des massiven Drucks der in Bürgerinitiativen Engagierten, auch das Landesparlament und die Landesregierungen.

So sprach im Dezember 2002 der Kollege Körner von einer neuen Qualität im Kampf gegen den Luft-Boden-SchieÙplatz, als dieser Kampf sich in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS widerspiegelte.

Und fast genau auf den Tag, am 04.Mai 2006, zeigte Ministerpräsident Ringstorff in einer Pressemitteilung erfreut über die Ankündigung des CDU-Abgeordneten Ringguth, das in das CDU-Wahlprogramm eine kritische Haltung zum Bombodrom eingenommen werden soll.

In besagter Pressemitteilung heißt es abschließend:

„Wenn der Bundeskanzlerin Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich so am Herzen liegt, wie es die CDU immer betont, dann sollte die Kanzlerin das mit einem Machtwort in dieser Frage beweisen und die Planungen für den Truppenübungsplatz ein für allemal beerdigen.“

Herr Backhaus befindet sich also mit seiner Forderung an die Kanzlerin in guter Gemeinschaft.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion,

die SPD regiert seit geraumer Zeit auf Bundesebene mit. Nur Forderungen an die Kanzlerin zu stellen, reicht nicht mehr aus. Ein klares Wort, eine klare Erwartungshaltung an den Vize-Kanzler wäre genauso angebracht!

Jede politische Aktivität gegen das Bombodrom ist erforderlich.

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, über manche Mittel muss man sich schon wundern. So war dieser Tage zu lesen, dass sich die Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, also Herr Seidel (CDU) und Herr Junghans (CDU) an den Petitionsausschuss des Bundestages geschrieben haben und darin für die Region eine Entwicklung ohne militärische Lasten fordern.

Sehr geehrter Herr Seidel,
so gut dieser Brief auch gemeint war - er hatte den falschen Adressaten.

Machen Sie endlich – auch als Landesvorsitzender ihrer Partei- gegenüber ihrer Parteifreundin deutlich, was viele hier im Land - und auch Sie - vom Bombodrom halten.

Nämlich: Nichts!

Denn nur so, mit einer klaren Verzichtserklärung aus Berlin kommen wir in die Lage, nicht mehr Wahlperiode für Wahlperiode das Aus für das Bombodrom fordern zu müssen!
Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich zum Schluss, der Vollständigkeit halber erwähnen, dass unsere inhaltlichen Ausgangspunkte für den Protest gegen das Bombodrom aber auch unterschiedlich sind.

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, sagen, dass die Widerinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes der weiteren Entwicklung der touristischen Infrastruktur im Wege steht.

Deshalb wollen Sie den Übungsplatz hier nicht.

Das sehen wir auch so.

Doch ein Luft-Boden-Schießplatz behindert die zivile Nutzung und Entwicklung überall.

Deshalb ist unsere Haltung die, die auf dem Ostermarsch in Fretzdorf wieder deutlich artikuliert wurde:

Wir wollen kein Bombodrom - nicht hier und nirgendwo.

Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.